

Der Windkraftausbau im Süden geht nicht voran

Niedrige Strompreise machen die Planung vieler Investoren in Baden-Württemberg und Bayern zunichte / *Von Rüdiger Soldt, Stuttgart*

In Baden-Württemberg stockt der Windkraftausbau. Das zeigt nicht nur die Insolvenz des Windkraftunternehmens Sowitec aus der Nähe von Reutlingen, die vor Kurzem bekannt wurde. Nach den bisherigen Planungen sollen in dem Industrieland bis zum Jahr 2040 12.000 Megawatt installierte Windstromleistung zur Verfügung stehen; gebaut sind derzeit 850 Windräder mit einer Leistung von 2239 Megawatt. 236 Anlagen sind derzeit genehmigt – dazu gehören auch einige „Repowering-Vorhaben“, also der Austausch älterer, leistungsschwacher Energieanlagen durch neuere –, für 1349 liegen Anträge vor, und 57 Windenergie-Projekte könnten eigentlich sofort gebaut werden. Doch im Moment geht wegen geänderter Marktbedingungen und der aktuellen Berechnungsgrundlage im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nichts voran. 35 Prozent des bundesweiten Strombedarfs entstehen in Baden-Württemberg und Bayern, doch nur 14 Prozent der Windenergie werden in diesen beiden Ländern erzeugt.

Über ein Beispiel kann Boris Palmer berichten. Der parteilose Tübinger Oberbürgermeister kämpft seit fünf Jahren für eine Windkraftanlage im sogenannten Rammert, einem 3200 Hektar großen Naherholungsgebiet im Süden der Stadt. Teile der Fläche sind Landschaftsschutzgebiet. Palmer will dort jedoch so bald wie möglich neun moderne Windräder bauen. Die Kapazität würde

ein Viertel des Strombedarfs in Tübingen decken.

Doch das Projekt droht gerade zu scheitern. Das liegt nicht an der Durchsetzungskraft der Bürgerinitiative „Rettet den Rammert“, die gegen den geplanten Windpark protestiert – sondern an veränderten Marktbedingungen und einer nicht vollzogenen Anpassung des EEG darauf. „Wir haben mit viel Aufwand Vorranggebiete geschaffen. Jetzt liegen die ersten Genehmigungen vor, jetzt könnte man bauen, aber nun ist der Preis pro Kilowattstunde um 25 Prozent gefallen“, sagt Palmer. Die Berechnungen der Investoren seien also obsolet. „Es zeigt sich eine Unwucht im Ausschreibungssystem.“ Gebaut werde nur noch im Norden Deutschlands, der im Gesetz festgelegte Korrekturfaktor für den Süden reiche nicht mehr aus, um dort Windkraftanlagen bauen zu können, die wirtschaftlich sind.

Özdemir geht eine höchst ungewöhnliche Allianz ein

Aus Palmers Sicht wäre der politische und wirtschaftliche Schaden hoch, wenn sich nichts ändert und die Bundesregierung nicht handelt: „Ich habe mich seit 2020 für die Anlage im Rammert eingesetzt, jetzt ernte ich nur noch Hohn und Spott. Scheitert es, dann müssen die Stadtwerke die Planungskosten abschreiben, und für die Unternehmen ist es eine gigantische Kapitalvernich-

tung“, sagt er. Das EEG müsse dringend geändert werden. Die Investitionskosten für Windräder in Bayern und Baden-Württemberg seien zu hoch. „Wir haben hier Standorte mit einer Effizienz von 60 Prozent und nicht mit 100 Prozent wie häufig im Norden.“ Deshalb würden nur etwa zwei Prozent der Zuschläge zum Bau noch im Süden erteilt.

Das Projekt im Rammert werde zur regionalen Wertschöpfung einen Beitrag in Höhe von zwei Millionen Euro leisten, das Investitionsvolumen liege bei 90 Millionen Euro. „Die Windhöffigkeit ist nicht natürlich geringer als am Meer. Kein Unternehmen investiert, wenn die eigenen Kosten höher sind als das, was vergütet wird“, sagt Palmer. Deswegen fordert er eine Anpassung des EEG.

Um an dem Gesetz etwas zu ändern, bilden Ministerpräsident Cem Özdemir, Umweltministerin Thekla Walker (beide Grüne) und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sowie sein Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) gerade eine höchst ungewöhnliche politische Allianz. Özdemir braucht eine sichere Stromversorgung, um den Standort wettbewerbsfähig zu halten; Söder will, dass künftige KI-Rechenzentren eine gute Stromversorgung haben.

Ändert die Bundesregierung nichts an der Ausschreibungspraxis, könnte es für die Bürger teuer und vor mancher Haustür unangenehm werden: Werden die

Windkraftanlagen weiter vor allem im Norden gebaut, dann müssen in Deutschland zusätzlich zu den bestehenden vier Stromautobahnen wahrscheinlich neun weitere gebaut werden. Das dürfte nicht nur neue Bürgerinitiativen auf den Plan rufen, sondern es wäre auch ziemlich teuer, wegen hoher Netzausbaukosten und Kosten zur Abregelung des Stromüberschusses, etwa in Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern.

Das heißt: Nur bei oberflächlicher Betrachtung sind die Windparks wegen der geringen Windhöffigkeit im Schwarzwald oder im bayerischen Allgäu auch teurer. „Wenn der Schwerpunkt der Produktion im Norden liegt, dann wird der Strom im Süden aufgrund der hohen Netzausbaukosten auch in den nächsten Jahrzehnten teurer. Es geht hier im Land Wertschöpfung verloren, und Industrieunternehmen, die viel Strom benötigen, können wir nicht mehr ansiedeln“, sagt Palmer.

Ben Schlemmermeier berät seit 35 Jahren Energieversorgungsunternehmen und hat mit Caeli Wind ein Dienstleistungsunternehmen und einen Marktplatz für die Analyse und Vermittlung von Windenergieprojekten aufgebaut. Er hat gerade in einer Präsentation zusammengestellt, wie die Vergabesituation bei der letzten Ausschreibungsrunde im Februar war: In Baden-Württemberg gab es 34 Gebote. Nur drei Projekte sind auf der Karte grün markiert und er-

hielten einen Zuschlag. In Bayern waren es 44 Gebote, nur ein Projekt bekam den Zuschlag. Das ist noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, es sind 60 Megawatt bei einer Lücke von 20.000 Megawatt im Süden.

Viel hängt von der Unionsfraktion im Bundestag ab

Schlemmermeier kritisiert die „falschen Berechnungsformeln“ des Referenzertragsmodells im EEG. Dadurch würden windstarke Standorte privilegiert, windschwache Standorte jedoch benachteiligt. Bei der Realisierung der Energiewende werde leider nicht „systemisch“ gedacht, sondern in „Silos“, sagt der Unternehmer: Jede Region denkt für sich. „Wenn die Windenergie im Süden nicht ausgebaut wird, benötigen wir umso mehr Windprojekte im Norden und zugleich einen enormen Nord-Süd-Netzausbau.“ Mit Blick auf das gesamtdeutsche Stromnetz führe dies zu zusätzlichen Netzinvestitionen zwischen etwa 40 und 60 Milliarden Euro gegenüber einer bedarfsnahen Erzeugung im Süden. Um diesen zusätzlichen Netzausbau zu vermeiden, muss es nach Schlemmermeiers Auffassung künftig jeweils eine Ausschreibungszone nördlich und eine südlich der Mainlinie geben. Zudem müsse die Berechnungsformel für das Referenzertragsmodell im EEG der Strompreisentwicklung angepasst werden.

Das EEG muss bis Ende Dezember novelliert sein. Zwar ist die Unionsfraktion auch wegen der Stimmungsmache der AfD gegen die „Windmühlen der Schande“ nicht sonderlich begeistert von Initiativen für den weiteren Windkraftausbau, doch wenn die Bundesregierung ihre Haltung nicht ändert, werden Bayern und Baden-Württemberg im Bundesrat intervenieren. Sie wollen, dass für den Süden bei den Ausschreibungen eine Vorgabe gemacht wird, wie groß die durch Windenergie erzeugte Strommenge sein muss. Für 2027 wollen sie den Windkraftausbau mit einer Sonderausschreibungsrunde beschleunigen. Und im Referenzertragsmodell wollen sie die Benachteiligung der Südländer aufheben.

Viel hängt davon ab, wie die Unionsfraktion im Bundestag das Problem lösen will. „Wir halten an dem Ziel fest, bis 2030 einen Anteil von 80 Prozent regenerativer elektrischer Energie zu erreichen. Dafür sind in allen Bereichen zusätzliche Anstrengungen erforderlich“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Sepp Müller. Er ist auch zuständig für Wirtschafts- und Energiepolitik. Man müsse beim Netzausbau und beim Abregeln von Stromüberschüssen „unnötige Kosten“ vermeiden. Für welche Maßnahmen man sich am Ende entscheide, berate man gerade „intern zwischen den Koalitionsfraktionen“.